



Am Samstagnachmittag, dem 22. Februar 2025, ereignete sich in der elsässischen Stadt Mulhouse ein tragischer Messerangriff, der die französische Nation erschütterte. Ein 37-jähriger Mann attackierte mehrere Personen auf einem belebten Marktplatz, was zu einem Todesopfer und mehreren Verletzten führte.

Ablauf des Angriffs

Gegen 15:40 Uhr begann der Täter, bewaffnet mit einem Messer und einem Schraubenzieher, wahllos auf Passanten und Polizisten einzustechen. Der Angriff ereignete sich in unmittelbarer Nähe des überdachten Kanalmarktes, während eine Demonstration zur Unterstützung der Demokratischen Republik Kongo stattfand. Der Angreifer rief dabei mehrfach „Allahu Akbar“.

Ein 69-jähriger portugiesischer Staatsbürger, der versuchte, den Angreifer zu stoppen, erlitt dabei tödliche Verletzungen. Zwei Polizisten wurden schwer verletzt: Einer erlitt eine Stichwunde im Halsbereich, der andere wurde im Brustbereich getroffen. Drei weitere Beamte erlitten leichtere Verletzungen. Der Täter wurde noch am Tatort von der Polizei festgenommen.

Hintergrund des Täters

Der Angreifer wurde als Brahim Abdesselmed identifiziert, ein 37-jähriger algerischer Staatsbürger, geboren am 20. April 1987 in Batna, Algerien. Er war den französischen Sicherheitsbehörden bekannt und im Verzeichnis für die Prävention von Terrorismus-Radikalisierung (FSPRT) registriert. Im Dezember 2023 war er wegen Verherrlichung des Terrorismus zu sechs Monaten Haft verurteilt worden, nachdem er ein Video veröffentlicht hatte, in dem er Muslime zum bewaffneten Kampf aufrief.

Trotz einer bestehenden Ausweisungsverfügung (OQTF) konnte Abdesselmed nicht abgeschoben werden, da Algerien seine Rückführung mehrfach verweigerte. Seit Juni 2024 stand er unter gerichtlicher Aufsicht und litt zudem unter psychischen Problemen.

Reaktionen und Ermittlungen

Präsident Emmanuel Macron verurteilte die Tat scharf und bezeichnete sie als „islamistischen Terrorakt“. Er sprach den Familien der Opfer sein tiefes Mitgefühl aus und betonte die Entschlossenheit der Nation, gegen solche extremistischen Handlungen vorzugehen. Innenminister Bruno Retailleau kündigte an, noch am Abend nach Mulhouse zu reisen, um



sich ein Bild der Lage zu machen und mit den örtlichen Behörden zu sprechen.

Die Anti-Terror-Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen übernommen, um die genauen Hintergründe der Tat zu klären. Der Vorfall wirft erneut Fragen zur Effektivität der Überwachungs- und Abschiebepolitik auf, insbesondere im Umgang mit bekannten Gefährdern. Die Diskussion über notwendige Reformen in diesen Bereichen dürfte in den kommenden Tagen an Intensität gewinnen.

Autor: C.H.